

**Gesundheit**

**Alpines Kolloquium  
in Liechtenstein**

**VADUZ** Die Prävention von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren am Bau war Schwerpunktthema des Alpinen Kolloquiums 2013, das am 19. und 20. September 2013 in Malbun stattfand. Die Veranstaltung, an der traditionsgemäss Vertreter aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, Südtirol und Liechtenstein teilnehmen, fand erstmals im Fürstentum Liechtenstein statt. Die liechtensteinische Regierung wurde von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer vertreten, der auch die Begrüssungsansprache hielt. «Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen sind heute eine internationale Herausforderung», sagte er. «Grenzöffnungen und Änderungen in Unternehmensstrukturen führen zu einer wachsenden Mobilität der tätigen Firmen und erfordern grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitssicherheit.» Neben einem Austausch zu länderspezifischen Arbeitsschutzthemen werden in Kurzvorträgen und Expertengruppen auch aktuelle Entwicklungen auf nationaler Ebene erläutert. Ziel ist es, die Vorgehensweisen in den einzelnen Ländern zu harmonisieren und gemeinsame Aktivitäten zu fördern. Gemeinsame Dokumente, die zurzeit von der Arbeitsgruppe DACHS (Deutschland/Austria/Schweiz/Südtirol) erarbeitet werden, beinhalten Themen wie die Prävention von Absturzgefährdungen, die Entwicklung einer Unfalldatenbank sowie die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationsmassnahmen in Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. (ikr/hf)

**Universität Liechtenstein**

**Weiterbildung  
für Praktiker**

**VADUZ** In Zeiten zunehmenden Steuerwettbewerbs bietet die Universität auch dieses Jahr wieder den praxisnahen Zertifikatslehrgang Nationales und Internationales Steuerrecht an. 28 Studierende aus Liechtenstein, Deutschland, Österreich und der Schweiz mit unterschiedlichem beruflichem Hintergrund setzen sich in den kommenden 8 Monaten zunächst mit den Steuerrechtsordnungen von Liechtenstein, Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie den zwischen diesen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungs-, Steuerinformations- und Abgeltungssteuerabkommen sowie den massgeblichen europarechtlichen Bestimmungen auseinander. Auf der Basis dieser grundlegenden Kenntnisse werden Themen der internationalen Steuerplanung in Bezug auf Vermögensstrukturen und Finanzinstrumente diskutiert und mittels praxisorientierter Fallstudien analysiert. Das Institut für Finanzdienstleistungen der Universität Liechtenstein übernimmt damit im Grenzgebiet der vier deutschsprachigen Länder eine wichtige Aufgabe in der notwendigen Weiterbildung von Praktikern im Bank-, Treuhand- und Steuerbereich. (pd)

# Auch SNB belässt Leitzins bei null

**Geldpolitik** Auch die Banken in der Schweiz können sich weiterhin praktisch kostenlos Geld bei der Zentralbank leihen. Nach der US-Notenbank Fed belies auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) ihren Leitzins bei 0 bis 0,25 Prozent.

VON JULIAN WITSCHI, SDA

**K**onkret müssen Banken derzeit für einen Drei-Monats-Kredit bei der SNB lediglich rund 0,02 Prozent Zins entrichten. Die Schweizer Währungshüter führen gemäss ihrem Entscheid vom Donnerstag die Politik des billigen Geldes weiter. Dies wurde von Ökonomen so erwartet, denn ein höherer Leitzins würde das Problem der Frankenstärke wohl wieder vergrössern. Seit August 2011 gilt für den Leitzins das rekordtiefe Zielband von 0 bis 0,25 Prozent. Die letzte Erhöhung datiert vom September 2007, kurz bevor die Finanzkrise mit dem Zusammenbruch des US-Häusermarktes ihren Lauf nahm. Auch die US-Notenbank hat die Normalisierung ihrer Geldpolitik ein weiteres Mal hinausgeschoben: Die Fed belies am Mittwochabend nicht nur den Leitzins nahe Null. Entgegen den Erwartungen will sie auch weiterhin die Käufe von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren nicht drosseln, wie sie es im Sommer noch angedeutet hatte.

**Keine Inflationsrisiken**

Trotz der offenen Geldschleusen sind für die SNB in der Schweiz «keine Inflationsrisiken erkennbar»: Im laufenden Jahr dürfte das Preisniveau laut der von Thomas Jordan präsidierten Notenbank insgesamt um 0,2 Prozent sinken. Bislang war sie von -0,3 Prozent ausgegangen. Für 2014 wurde die Teuerungsprognose leicht von +0,2 auf +0,3 Prozent erhöht und für 2015 bei +0,7 Prozent belassen. Demnach bliebe die Entwicklung der Konsumentenpreise deutlich unterhalb der Warnschwelle von 2 Prozent. Grund für die leichte Erhöhung in der kurzen Frist seien die gestiegenen Ölpreise und die positivere Konjunkturlage, erklärte die Nationalbank. Das Wachstum des Schweizer Bruttoinlandsproduktes (BIP) habe im zweiten Quartal mit einem Plus von 2,5 Prozent im Jahresvergleich die Erwartungen übertroffen. Auch die Industrieländer, insbesondere Deutschland und Frankreich, seien kräftiger gewachsen als erwartet. Die



Wie die US-Notenbank Fed bleibt auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) bei ihrer ultralockeren Geldpolitik. (Foto: SSI)

SNB erhöht deshalb ihre Prognose für das Schweizer BIP-Wachstum im laufenden Jahr auf 1,5 bis 2,0 Prozent. Bislang war sie von 1,0 bis 1,5 Prozent ausgegangen. Die internationalen Konjunkturrisiken hätten etwas abgenommen, schreibt die SNB.

In Europa bestünden aber weiterhin strukturelle Probleme, der Ausblick für die Schwellenländer habe sich eingetrübt und die Ereignisse im Nahen Osten, wo ein Bürgerkrieg in Syrien tobt, könnten den Ölpreis steigen lassen. Im Auge behält die SNB

den inländischen Hypothekar- und Immobilienmarkt, der von den tiefen Zinsen befeuert wird. Es gebe zwar einzelne Signale einer Beruhigung und der Preisanstieg habe sich in einigen Segmenten etwas abgeschwächt, stellt die SNB fest. Dennoch seien die Hypothekarkredite nach wie vor schneller als das BIP gewachsen und die Immobilienpreise weiter gestiegen. Die Nationalbank verfolgt deshalb die Situation «aufmerksam». Es bestehe weiterhin die Gefahr, dass die Ungleichgewichte zunehmen würden, hiess es. Der Euro-Frankenkurs reagierte auf die Ankündigung mit einem leichten Rückgang von 1,234 auf 1,233 Franken. Vor dem Fed-Entscheid am Mittwochabend hatte er bei 1,237 Fr. notiert. Die SNB bekräftigte, sie würde den Mindestkurs von 1,20 Fr. wenn nötig durch den Kauf von Devisen in unbeschränkter Höhe durchsetzen. (sda)

**REAKTIONEN**

**Für SGB zu restriktiv**

Trotz eines Leitzinses nahe Null ist die Schweizer Geldpolitik nach Ansicht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zu restriktiv. Der Franken sei nach wie vor stark überbewertet, die Schweizerische Nationalbank (SNB) müsse deshalb auf eine Abwertung hinarbeiten. Die Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik sind deutlich sichtbar, wie SGB-Chefökonom Daniel Lampart in ei-

ner Medienmitteilung vom Donnerstag schreibt. In der Schweiz habe das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den letzten Jahren stagniert, während beispielsweise Deutschland ein deutliches Wachstum verzeichnet habe. Die Erwerbslosigkeit in der Schweiz sei mittlerweile sogar höher als in Baden-Württemberg. Das habe es noch nie gegeben, erklärte Lampart. Der SGB hatte schon mehrfach die SNB aufgefordert, den Euro-Mindestkurs zu erhöhen. (sda)

## Ökonomen sehen positive Auswirkungen

**Analyse** Der überraschende Entscheid der US-Notenbank Fed, den Fuss nicht vom Gaspedal ihrer Geldpolitik zu nehmen, ist nach Ansicht von Ökonomen für die Schweizer Wirtschaft positiv.

Das sei eine gute Nachricht für die hiesige Exportwirtschaft, sagte ZKB-Ökonom David Marmet am Donners-

tag. Die Ausfuhren dürften Rückenwind erhalten. Maxime Botteron, Ökonom der Credit Suisse, teilt die Ansicht. Denn die jüngsten Unternehmensbefragungen in der Eurozone und in den USA seien positiver ausgefallen. «Das deutet darauf hin, dass die Nachfrage nach Schweizer Produkten in den nächsten Monaten steigen sollte», sagte Botteron. Die Auswirkungen der unverändert offenen Geldschleusen sind bereits an der Zinsfront sichtbar. Die Rendite der zehnjährigen Schweizer Bundes-

obligationen sank seit dem Vortag um einen halben Prozentpunkt auf 1,055 Prozent.

**Dämpfer für Anstieg der Hypozinsen**

Der deutliche Anstieg der hiesigen Hypothekarzinsen in den letzten Monaten dürfte gebremst werden, sagte Marmet weiter. Die Frage sei aber, ob der Effekt des Fed-Entscheids kurz sei oder länger anhaltende Auswirkungen haben werde. Dennoch rechnen beide Ökonomen mit steigenden Zinsen in der nächs-

ten Zeit: Die Rendite der zehnjährigen Bundesobligation dürfte in den nächsten zwölf Monaten 1,4 Prozent erreichen, sagte Botteron. ZKB-Ökonom Marmet prognostiziert gar ein Niveau von 1,6 Prozent. Damit bietet sich auch Raum für eine Erhöhung der Zinsen der Kassenobligationen. Das seien aber Geschäftsentscheidungen der einzelnen Banken, sagte Marmet. Einige Institute haben bereits in den letzten Wochen die Zinsen für längerfristige Kassenobligationen leicht erhöht. (sda)

ANZEIGE

**Der direkte Draht  
zum Inserat**

- bester Service
- regionale Identität
- exklusive Werbeplattformen
- Sonderthemen
- besonders kaufkräftige Zielgruppe
- attraktive Werbeflatzierung
- Glaubwürdigkeit



**FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN**



**Björn Tyrner**  
Tel. +423 237 51 51  
Mobil +423 791 30 13  
btyrner@volksblatt.li



**Fabian Derungs**  
Tel. +423 237 51 51  
Mobil +423 791 30 01  
fderungs@volksblatt.li



**Philippe Nissl**  
Tel. +423 237 51 51  
Mobil +423 791 30 12  
pnissl@volksblatt.li



**Christian Mastrogiuseppe**  
Tel. +423 237 51 51  
cmastrogiuseppe@volksblatt.li